

# Die wahre Geschichte des Krieges in der Ukraine: eine Chronologie der Ereignisse und Argumente für die Diplomatie

Von Jeffrey D. Sachs, 17. Juni 2023: [Das Kennedy-Leuchttfeuer](#)

Quelle: <https://www.jeffsachs.org/newspaper-articles/history-of-war-in-ukraine>

Übersetzung via Google-Translator (engl. Original nach der deutschen Version)

Das amerikanische Volk muss dringend die wahre Geschichte des Krieges in der Ukraine und seine aktuellen Aussichten kennen. Leider sind die Mainstream-Medien – die New York Times, das Wall Street Journal, die Washington Post, MSNBC und CNN – zu bloßen Sprachrohren der Regierung geworden, die die Lügen von US-Präsident Joe Biden wiederholen und die Geschichte vor der Öffentlichkeit verbergen.

Biden verunglimpft erneut den russischen Präsidenten Wladimir Putin und wirft ihm diesmal eine "feige Gier nach Land und Macht" vor, nachdem er im vergangenen Jahr erklärt hatte: "Um Gottes Willen, dieser Mann [Putin] kann nicht an der Macht bleiben." Dennoch ist Biden derjenige, der die Ukraine in einen offenen Krieg verwickelt, indem er die NATO-Erweiterung auf die Ukraine weiter vorantreibt. Er hat Angst, dem amerikanischen und ukrainischen Volk die Wahrheit zu sagen, lehnt die Diplomatie ab und entscheidet sich stattdessen für einen ewigen Krieg.

Die Ausweitung der NATO auf die Ukraine, die Biden seit langem propagiert, ist ein Schachzug der USA, der gescheitert ist. Die Neokonservativen, einschließlich Biden, dachten seit den späten 1990er Jahren, dass die USA die NATO auf die Ukraine (und Georgien) ausdehnen könnten, trotz des lautstarken und langjährigen Widerstands Russlands. Sie glaubten nicht, dass Putin tatsächlich wegen der NATO-Erweiterung in den Krieg ziehen würde.

Dennoch wird die NATO-Erweiterung um die Ukraine (und Georgien) für Russland als existenzielle Bedrohung für die nationale Sicherheit Russlands angesehen, insbesondere angesichts der 2.000 km langen Grenze Russlands zur Ukraine und der strategischen Lage Georgiens am östlichen Rand des Schwarzen Meeres. US-Diplomaten haben US-Politikern und Generälen diese grundlegende Realität jahrzehntelang erklärt, aber die Politiker und Generäle haben arrogant und grob darauf bestanden, die NATO-Erweiterung trotzdem voranzutreiben.

Zu diesem Zeitpunkt weiß Biden genau, dass eine NATO-Erweiterung um die Ukraine den Dritten Weltkrieg auslösen würde. Deshalb hat Biden auf dem Nato-Gipfel in Vilnius hinter den Kulissen die Nato-Erweiterung um einen Gang zurückgeschaltet. Doch anstatt die Wahrheit zuzugeben – dass die Ukraine nicht Teil der NATO sein wird – macht Biden Ausflüchte und verspricht die letztendliche Mitgliedschaft der Ukraine. In Wirklichkeit verpflichtet er die Ukraine zu einem anhaltenden Blutvergießen, und zwar aus keinem anderen Grund als der US-Innenpolitik, insbesondere aus Bidens Angst, vor seinen politischen Gegnern schwach zu erscheinen. (Vor einem halben Jahrhundert haben die Präsidenten Johnson und Nixon den Vietnamkrieg im Wesentlichen aus dem gleichen erbärmlichen Grund und mit der gleichen Lüge aufrechterhalten, wie der verstorbene Daniel Ellsberg brillant erklärte.)

Die Ukraine kann nicht gewinnen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass Russland sich auf dem Schlachtfeld durchsetzen wird, wie es jetzt den Anschein hat. Doch selbst wenn die Ukraine mit konventionellen Streitkräften und NATO-Waffen durchbrechen sollte, würde Russland notfalls zu einem Atomkrieg eskalieren, um die NATO in der Ukraine zu verhindern.

Während seiner gesamten Karriere hat Biden dem militärisch-industriellen Komplex gedient. Er hat unermüdlich die NATO-Erweiterung vorangetrieben und Amerikas zutiefst destabilisierende Kriege in Afghanistan, Serbien, Irak, Syrien, Libyen und jetzt in der Ukraine unterstützt. Er beugt sich Generälen, die mehr Krieg und mehr "Surge" wollen und die einen bevorstehenden Sieg voraussagen, um die leichtgläubige Öffentlichkeit bei der Stange zu halten.

Darüber hinaus scheinen Biden und sein Team (Antony Blinken, Jake Sullivan, Victoria Nuland) ihrer eigenen Propaganda geglaubt zu haben, dass westliche Sanktionen die russische Wirtschaft strangulieren würden, während Wunderwaffen wie HIMARS Russland besiegen würden. Und die ganze Zeit über haben sie den Amerikanern gesagt, dass sie Russlands 6.000 Atomwaffen keine Aufmerksamkeit schenken sollen.

Die ukrainische Führung hat sich der US-Täuschung aus schwer nachvollziehbaren Gründen angeschlossen. Vielleicht glauben sie den USA, oder sie haben Angst vor den USA, oder sie fürchten ihre eigenen Extremisten, oder sie sind einfach Extremisten, die bereit sind, Hunderttausende von Ukrainern dem Tod und der Verwundung zu opfern, in dem naiven Glauben, dass die Ukraine eine nukleare Supermacht besiegen kann, die den Krieg als

existenziell betrachtet. Oder vielleicht machen einige der ukrainischen Führer ein Vermögen, indem sie von den Dutzenden Milliarden Dollar an westlicher Hilfe und Waffen abschöpfen.

Der einzige Weg, die Ukraine zu retten, ist ein Verhandlungsfrieden. In einer Verhandlungslösung würden sich die USA darauf einigen, dass sich die NATO nicht auf die Ukraine ausdehnen wird, während Russland dem Abzug seiner Truppen zustimmen würde. Die verbleibenden Themen – die Krim, der Donbass, die Sanktionen der USA und Europas, die Zukunft der europäischen Sicherheitsvereinbarungen – würden politisch geregelt und nicht durch endlose Kriege.

Russland hat wiederholt versucht, zu verhandeln: um der Osterweiterung der NATO zuvorzukommen; zu versuchen, geeignete Sicherheitsvereinbarungen mit den USA und Europa zu finden; zu versuchen, interethnische Fragen in der Ukraine nach 2014 zu lösen (Abkommen Minsk I und Minsk II); zu versuchen, die Begrenzung der Raketenabwehr aufrechtzuerhalten; und zu versuchen, den Ukraine-Krieg im Jahr 2022 durch direkte Verhandlungen mit der Ukraine zu beenden. In allen Fällen verachtete, ignorierte oder blockierte die US-Regierung diese Versuche und verbreitete oft die große Lüge, dass Russland und nicht die USA Verhandlungen ablehnen. JFK hat es 1961 genau richtig gesagt: "Lasst uns niemals aus Angst verhandeln, aber lasst uns niemals Angst davor haben, zu verhandeln." Wenn Biden doch nur JFKs unvergängliche Weisheit beherzigen würde.

Um der Öffentlichkeit zu helfen, das vereinfachende Narrativ von Biden und den Mainstream-Medien hinter sich zu lassen, biete ich eine kurze Chronologie einiger Schlüsselereignisse an, die zum anhaltenden Krieg geführt haben.

31. Januar 1990. Der deutsche Außenminister Hans Dietrich-Genscher verspricht dem sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow, dass die NATO im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung und der Auflösung des sowjetischen Militärbündnisses Warschauer Pakt eine "Ausdehnung ihres Territoriums nach Osten, d.h. eine Annäherung an die sowjetischen Grenzen" ausschließen werde.

9. Februar 1990. US-Außenminister James Baker III stimmt mit dem sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow darin überein, dass "die NATO-Erweiterung inakzeptabel ist".

29. Juni – 2. Juli 1990. NATO-Generalsekretär Manfred Wörner sagt vor einer hochrangigen russischen Delegation, dass "der NATO-Rat und er [Wörner] gegen die Erweiterung der NATO sind".

1. Juli 1990. Die ukrainische Rada (Parlament) verabschiedet die Erklärung der staatlichen Souveränität, in der "die Ukrainische SSR feierlich ihre Absicht erklärt, ein dauerhaft neutraler Staat zu werden, der sich nicht an militärischen Blöcken beteiligt und sich an drei atomwaffenfreie Prinzipien hält: keine Atomwaffen zu akzeptieren, herzustellen und zu kaufen".

24. August 1991. Die Ukraine erklärt ihre Unabhängigkeit auf der Grundlage der Erklärung der staatlichen Souveränität von 1990, die das Versprechen der Neutralität enthält.

Mitte 1992. Die politischen Entscheidungsträger der Bush-Regierung erzielen einen geheimen internen Konsens über die Erweiterung der NATO, entgegen den Verpflichtungen, die sie kürzlich gegenüber der Sowjetunion und der Russischen Föderation eingegangen sind.

8. Juli 1997. Auf dem NATO-Gipfel in Madrid sind Polen, Ungarn und Tschechien eingeladen, Gespräche über einen NATO-Beitritt aufzunehmen.

September-Oktober 1997. In Foreign Affairs (Sept./Okt. 1997) beschreibt der ehemalige Nationale Sicherheitsberater der USA, Zbigniew Brzezinski, detailliert den Zeitplan für die NATO-Erweiterung, wobei die Verhandlungen mit der Ukraine vorläufig zwischen 2005 und 2010 beginnen sollen.

24. März – 10. Juni 1999. Die NATO bombardiert Serbien. Russland bezeichnet die NATO-Bombardierung als "eklatanten Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen".

März 2000. Der ukrainische Präsident Kutschma erklärte, dass "ein Beitritt der Ukraine zur NATO heute nicht in Frage kommt, da dieses Thema äußerst komplex ist und viele Blickwinkel hat".

13. Juni 2002. Die USA ziehen sich einseitig aus dem Vertrag über die Bekämpfung ballistischer Waffen zurück, ein Vorgang, den der stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungsausschusses der russischen Duma als "extrem negatives Ereignis historischen Ausmaßes" bezeichnet.

November-Dezember 2004. Die "Orangene Revolution" findet in der Ukraine statt, Ereignisse, die der Westen als demokratische Revolution und die russische Regierung als ein vom Westen fabrizierter Griff nach der Macht mit offener und verdeckter Unterstützung der USA charakterisiert.

10. Februar 2007. Putin kritisiert in einer Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz scharf den Versuch der USA, eine unipolare Welt zu schaffen, die durch die NATO-Erweiterung unterstützt wird: "Ich denke, es ist offensichtlich, dass die NATO-Erweiterung ... stellt eine ernsthafte Provokation dar, die das gegenseitige Vertrauen verringert. Und wir haben das Recht zu fragen: Gegen wen richtet sich diese Erweiterung? Und was ist aus den Zusicherungen geworden, die unsere westlichen Partner nach der Auflösung des Warschauer Paktes gemacht haben?"

1. Februar 2008. Der US-Botschafter in Russland, William Burns, schickt ein vertrauliches Telegramm an die Nationale Sicherheitsberaterin der USA, Condoleezza Rice, mit dem Titel "Nyet means Njet: Russia's NATO Enlargement Redlines", in dem er betont, dass "die NATO-Bestrebungen der Ukraine und Georgiens nicht nur einen wunden Nerv in Russland treffen, sondern auch ernsthafte Besorgnis über die Folgen für die Stabilität in der Region hervorrufen".

18. Februar 2008. Die USA erkennen die Unabhängigkeit des Kosovo trotz heftiger russischer Einwände an. Die russische Regierung erklärt, dass die Unabhängigkeit des Kosovo "die Souveränität der Republik Serbien, die Charta der Vereinten Nationen, die Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates, die Prinzipien der Schlussakte von Helsinki, den Verfassungsrahmen des Kosovo und die Vereinbarungen der hochrangigen Kontaktgruppe" verletzt.

3. April 2008. Die NATO erklärt, dass die Ukraine und Georgien "Mitglieder der NATO werden". Russland erklärt, dass "die Mitgliedschaft Georgiens und der Ukraine in der Allianz ein großer strategischer Fehler ist, der schwerwiegende Folgen für die gesamteuropäische Sicherheit hätte".

20. August 2008. Die USA kündigen an, dass sie ballistische Raketenabwehrsysteme (BMD) in Polen stationieren werden, später soll Rumänien folgen. Russland wehrt sich vehement gegen die BMD-Systeme.

28. Januar 2014. Die stellvertretende Außenministerin Victoria Nuland und der US-Botschafter Geoffrey Pyatt planen in einem Telefonat, das abgefangen und am 7. Februar auf YouTube veröffentlicht wurde, einen Regimewechsel in der Ukraine, in dem Nuland feststellt, dass "[Vizepräsident] Biden bereit ist", beim Abschluss des Abkommens zu helfen.

21. Februar 2014. Die Regierungen der Ukraine, Polens, Frankreichs und Deutschlands haben eine Einigung über die Beilegung der politischen Krise in der Ukraine erzielt und Neuwahlen im Laufe des Jahres gefordert. Der rechtsextreme Rechtssektor und andere bewaffnete Gruppen fordern stattdessen Janukowitschs sofortigen Rücktritt und die Übernahme von Regierungsgebäuden. Janukowitsch flieht. Das Parlament entzieht dem Präsidenten sofort seine Befugnisse, ohne dass ein Amtsenthebungsverfahren eingeleitet wird.

22. Februar 2014. Die USA befürworten den Regimewechsel sofort.

16. März 2014. Russland hält auf der Krim ein Referendum ab, das nach Angaben der russischen Regierung zu einer großen Mehrheit für die russische Herrschaft führt. Am 21. März stimmt die russische Duma über die Aufnahme der Krim in die Russische Föderation ab. Die russische Regierung zieht die Analogie zum Kosovo-Referendum. Die USA lehnen das Krim-Referendum als illegitim ab.

18. März 2014. Präsident Putin bezeichnet den Regimewechsel als Putsch und erklärt: "Diejenigen, die hinter den jüngsten Ereignissen in der Ukraine standen, hatten eine andere Agenda: Sie bereiteten eine weitere Regierungsübernahme vor; Sie wollten die Macht ergreifen und schreckten vor nichts zurück. Sie griffen zu Terror, Mord und Aufruhr."

25. März 2014. US-Präsident Barack Obama verspottet Russland "als eine Regionalmacht, die einige ihrer unmittelbaren Nachbarn bedroht – nicht aus Stärke, sondern aus Schwäche".

12. Februar 2015. Unterzeichnung des Minsk-II-Abkommens. Das Abkommen wird durch die Resolution 2202 des UN-Sicherheitsrats vom 17. Februar 2015 einstimmig unterstützt. Die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel räumt später ein, dass das Minsk-II-Abkommen dazu gedacht war, der Ukraine Zeit zu geben, ihr Militär zu stärken. Es wurde von der Ukraine nicht umgesetzt, und Präsident Wolodymyr Selenskyj räumte ein, dass er nicht die Absicht habe, das Abkommen umzusetzen.

1. Februar 2019. Die USA ziehen sich einseitig aus dem INF-Vertrag (Intermediate Nuclear Force) zurück. Russland kritisiert den INF-Rückzug scharf als "destruktiven" Akt, der Sicherheitsrisiken schüre.

14. Juni 2021. Auf dem NATO-Gipfel 2021 in Brüssel bekräftigt die NATO die Absicht der NATO, die Ukraine zu erweitern und einzubeziehen: "Wir bekräftigen die auf dem Bukarester Gipfel 2008 getroffene Entscheidung, dass die Ukraine Mitglied des Bündnisses wird."

1. September 2021. Die USA bekräftigen ihre Unterstützung für die NATO-Bestrebungen der Ukraine in der "Gemeinsamen Erklärung zur strategischen Partnerschaft zwischen den USA und der Ukraine".

17. Dezember 2021. Putin legt den Entwurf eines "Vertrags zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Russischen Föderation über Sicherheitsgarantien" vor, der auf der Nichterweiterung der NATO und der Begrenzung der Stationierung von Mittel- und Kurzstreckenraketen basiert.

26. Januar 2022. Die USA antworten Russland formell, dass die USA und die NATO nicht mit Russland über Fragen der NATO-Erweiterung verhandeln werden, und schlagen damit die Tür für einen Verhandlungsweg zu, um eine Ausweitung des Krieges in der Ukraine zu vermeiden. Die USA berufen sich auf die NATO-Politik: "Jede Entscheidung, ein Land zum Beitritt zum Bündnis einzuladen, wird vom Nordatlantikrat auf der Grundlage des Konsenses zwischen allen Bündnispartnern getroffen. Kein Drittland hat bei solchen Beratungen ein Mitspracherecht." Kurz gesagt, die USA behaupten, dass die NATO-Erweiterung um die Ukraine Russland nichts angeht.

21. Februar 2022. Bei einer Sitzung des russischen Sicherheitsrats erläutert Außenminister Sergej Lawrow die Verweigerung der Verhandlungen durch die USA:

"Wir haben ihre Antwort Ende Januar erhalten. Die Bewertung dieser Antwort zeigt, dass unsere westlichen Kollegen nicht bereit sind, unsere wichtigsten Vorschläge aufzugreifen, vor allem die zur Nichterweiterung der NATO nach Osten. Diese Forderung wurde mit Verweis auf die so genannte Politik der offenen Tür und die Freiheit jedes Staates, seinen eigenen Weg zur Gewährleistung der Sicherheit zu wählen, zurückgewiesen. Weder die Vereinigten Staaten noch das Nordatlantische Bündnis haben eine Alternative zu dieser Schlüsselbestimmung vorgeschlagen."

Die Vereinigten Staaten tun alles, um den Grundsatz der Unteilbarkeit der Sicherheit zu vermeiden, den wir für grundlegend wichtig halten und auf den wir mehrfach hingewiesen haben. Indem sie daraus das einzige Element ableiten, das ihnen passt – die Freiheit, Allianzen zu wählen – ignorieren sie alles andere, einschließlich der Schlüsselbedingung, die besagt, dass niemand – weder bei der Wahl von Bündnissen noch unabhängig von ihnen – seine Sicherheit auf Kosten der Sicherheit anderer erhöhen darf."

24. Februar 2022. In einer Ansprache an die Nation erklärte Präsident Putin: "Es ist eine Tatsache, dass wir in den letzten 30 Jahren geduldig versucht haben, mit den führenden NATO-Ländern zu einer Einigung über die Prinzipien der gleichen und unteilbaren Sicherheit in Europa zu kommen. Als Reaktion auf unsere Vorschläge sahen wir uns ausnahmslos entweder mit zynischen Täuschungen und Lügen oder mit Druck- und Erpressungsversuchen konfrontiert, während das nordatlantische Bündnis trotz unserer Proteste und Bedenken weiter expandierte. Seine Militärmaschinerie bewegt sich und, wie gesagt, nähert sich unserer Grenze."

16. März 2022. Russland und die Ukraine verkünden bedeutende Fortschritte auf dem Weg zu einem Friedensabkommen unter Vermittlung der Türkei und des israelischen Ministerpräsidenten Naftali Bennett. Wie in der Presse berichtet wurde, beinhaltet die Grundlage des Abkommens: "einen Waffenstillstand und einen russischen Rückzug, wenn Kiew seine Neutralität erklärt und die Begrenzung seiner Streitkräfte akzeptiert".

28. März 2022. Präsident Selenskyj erklärt öffentlich, dass die Ukraine zu Neutralität in Verbindung mit Sicherheitsgarantien im Rahmen eines Friedensabkommens mit Russland bereit ist. "Sicherheitsgarantien und Neutralität, der nicht-nukleare Status unseres Staates – dazu sind wir bereit. Das ist der wichtigste Punkt ... Deswegen haben sie den Krieg begonnen."

7. April 2022. Der russische Außenminister Lawrow wirft dem Westen vor, die Friedensgespräche zum Scheitern bringen zu wollen, und behauptet, die Ukraine habe zuvor vereinbarte Vorschläge zurückgenommen. Premierminister Naftali Bennett erklärte später (am 5. Februar 2023), dass die USA das ausstehende Friedensabkommen zwischen Russland und der Ukraine blockiert hätten. Auf die Frage, ob die Westmächte das Abkommen blockiert hätten, antwortete Bennett: "Grundsätzlich ja. Sie haben es blockiert, und ich dachte, sie hätten sich geirrt." Irgendwann, so Bennett, habe der Westen beschlossen, "Putin zu vernichten, anstatt zu verhandeln".

4. Juni 2023. Die Ukraine startet eine große Gegenoffensive, ohne bis Mitte Juli 2023 größere Erfolge zu erzielen.

7. Juli 2023. Biden räumt ein, dass der Ukraine die 155-mm-Artilleriegranaten "ausgehen" und dass den USA "die Munition ausgeht".

11. Juli 2023. Auf dem NATO-Gipfel in Vilnius bekräftigt das Abschlusskommuniqué die Zukunft der Ukraine in der NATO: "Wir unterstützen voll und ganz das Recht der Ukraine, ihre eigenen Sicherheitsvorkehrungen zu treffen. Die Zukunft der Ukraine liegt in der NATO ... Die Ukraine ist zunehmend interoperabel und politisch in das Bündnis integriert und hat auf ihrem Reformkurs erhebliche Fortschritte erzielt."

13. Juli 2023. US-Verteidigungsminister Lloyd Austin bekräftigt, dass die Ukraine nach dem Ende des Krieges "ohne Zweifel" der NATO beitreten wird.

13. Juli 2023. Putin bekräftigt: "Was die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine betrifft, so stellt sie, wie wir schon oft gesagt haben, offensichtlich eine Bedrohung für die Sicherheit Russlands dar. Tatsächlich ist der drohende NATO-Beitritt der Ukraine der Grund oder vielmehr einer der Gründe für die militärische Sonderoperation. Ich bin mir sicher, dass dies auch die Sicherheit der Ukraine in keiner Weise erhöhen würde. Im Allgemeinen wird es die Welt viel verwundbarer machen und zu mehr Spannungen auf der internationalen Bühne führen. Ich sehe also nichts Gutes darin. Unsere Position ist bekannt und seit langem formuliert."

Lesen Sie den Artikel im Kennedy Beacon.

### Weitere Artikel zum Thema:

AbFaNG: Übersicht über die Abrüstungsverträge und deren Status

[https://abfang.org/wp-60db5-content/uploads/2023/02/Abruestungsvertraege-2023\\_.pdf](https://abfang.org/wp-60db5-content/uploads/2023/02/Abruestungsvertraege-2023_.pdf)

Jeffrey D. Sachs: The War in Ukraine Was Provoked—and Why That Matters to Achieve Peace (May 2023) <https://www.jeffsachs.org/newspaper-articles/wgtgma5kj69pbpndjr4wf6aayhrszm>

## The Real History of the War in Ukraine: a Chronology of Events and Case for Diplomacy

The American people urgently need to know the true history of the war in Ukraine and its current prospects. Unfortunately, the mainstream media —The New York Times, Wall Street Journal, Washington Post, MSNBC, and CNN — have become mere mouthpieces of the government, repeating US President Joe Biden's lies and hiding history from the public.

Biden is again denigrating Russian President Vladimir Putin, this time accusing Putin of a "craven lust for land and power," after declaring last year that "For God's sake, that man [Putin] cannot stay in power." Yet Biden is the one who is trapping Ukraine in an open-ended war by continuing to push NATO enlargement to Ukraine. He is afraid to tell the truth to the American and Ukrainian people, rejecting diplomacy, and opting instead for perpetual war.

Expanding NATO to Ukraine, which Biden has long promoted, is a U.S. gambit that has failed. The neocons, including Biden, thought from the late 1990s onward that the US could expand NATO to Ukraine (and Georgia) despite Russia's vociferous and long-standing opposition. They didn't believe that Putin would actually go to war over NATO expansion.

Yet for Russia, NATO enlargement to Ukraine (and Georgia) is viewed as an existential threat to Russia's national security, notably given Russia's 2,000-km border with Ukraine, and Georgia's strategic position on the eastern edge of the Black Sea. U.S. diplomats have explained this basic reality to U.S. politicians and generals for decades, but the politicians and generals have arrogantly and crudely persisted in pushing NATO enlargement nonetheless.

At this point, Biden knows full well that NATO enlargement to Ukraine would trigger World War III. That's why behind the scenes Biden put NATO enlargement into low gear at the Vilnius NATO Summit. Yet rather than admit the truth – that Ukraine will not be part of NATO – Biden prevaricates, promising Ukraine's eventual membership. In reality, he is committing Ukraine to ongoing bloodletting for no reason other than U.S. domestic politics, specifically Biden's fear of looking weak to his political foes. (A half-century ago, Presidents Johnson and Nixon sustained the Vietnam War for essentially the same pathetic reason, and with the same lying, as the late Daniel Ellsberg [brilliantly explained](#).)

Ukraine can't win. Russia is more likely than not to prevail on the battlefield, as it seems now to be doing. Yet even if Ukraine were to break through with conventional forces and NATO weaponry, Russia would escalate to nuclear war if necessary to prevent NATO in Ukraine.

Throughout his entire career, Biden has served the military-industrial complex. He has relentlessly promoted NATO enlargement and supported America's deeply destabilizing wars of choice in Afghanistan, Serbia, Iraq, Syria, Libya, and now Ukraine. He defers to generals who want more war and more "surges," and who [predict imminent victory just ahead](#) to keep the gullible public onside.

Moreover, Biden and his team (Antony Blinken, Jake Sullivan, Victoria Nuland) seem to have believed their own propaganda that Western sanctions would strangle the Russian economy, while miracle weapons such as HIMARS would defeat Russia. And all the while, they have been telling Americans to pay no attention to Russia's 6,000 nuclear weapons.

Ukrainian leaders have gone along with the US deception for reasons that are hard to fathom. Perhaps they believe the US, or are afraid of the US, or fear their own extremists, or simply are extremists, ready to sacrifice hundreds of thousands of Ukrainians to death and injury in the naïve belief that Ukraine can defeat a nuclear superpower that regards the war as existential. Or possibly some of the Ukrainian leaders are making fortunes by skimming from the tens of billions of dollars of Western aid and arms.

The only way to save Ukraine is a negotiated peace. In a negotiated settlement, the US would agree that NATO will not enlarge to Ukraine while Russia would agree to withdraw its troops. Remaining issues – Crimea, the Donbas, US and European sanctions, the future of European security arrangements – would be handled politically, not by endless war.

Russia has repeatedly tried negotiations: to try to forestall the eastward enlargement of NATO; to try to find suitable security arrangements with the US and Europe; to try to settle inter-ethnic issues in Ukraine after 2014 (the Minsk I and Minsk II agreements); to try to sustain limits on anti-ballistic missiles; and to try to end the Ukraine war in 2022 via direct negotiations with Ukraine. In all cases, the US government disdained, ignored, or blocked these attempts, often putting forward the big lie that Russia rather than the US rejects negotiations. JFK said it exactly right in 1961: "Let us never negotiate out of fear, but let us never fear to negotiate." If only Biden would heed JFK's enduring wisdom.

To help the public move beyond the simplistic narrative of Biden and the mainstream media, I offer a brief chronology of some key events leading to the ongoing war.

January 31, 1990. German Foreign Minister Hans Dietrich-Genscher [pledges](#) to Soviet President Mikhail Gorbachev that in the context of German reunification and disbanding of the Soviet Warsaw Pact military alliance, NATO will rule out an "expansion of its territory to the East, i.e., moving it closer to the Soviet borders."

February 9, 1990. U.S. Secretary of State James Baker III [agrees](#) with Soviet President Mikhail Gorbachev that "NATO expansion is unacceptable."

June 29 – July 2, 1990. NATO Secretary-General Manfred Woerner [tells a high-level Russian delegation](#) that "the NATO Council and he [Woerner] are against the expansion of NATO."

July 1, 1990. Ukrainian Rada (parliament) adopts the [Declaration of State Sovereignty](#), in which "The Ukrainian SSR solemnly declares its intention of becoming a permanently neutral state that does not participate in military blocs and adheres to three nuclear free principles: to accept, to produce and to purchase no nuclear weapons."

August 24, 1991. Ukraine [declares independence](#) on the basis of the 1990 Declaration of State Sovereignty, which includes the pledge of neutrality.

Mid-1992. Bush Administration policymakers reach a secret [internal consensus](#) to expand NATO, contrary to commitments recently made to the Soviet Union and the Russian Federation.

July 8, 1997. At the [Madrid NATO Summit](#), Poland, Hungary, and Czech Republic are invited to begin NATO accession talks.

September-October, 1997. In Foreign Affairs (Sept/Oct, 1997) former U.S. National Security Advisor Zbigniew Brzezinski [details](#) the timeline for NATO enlargement, with Ukraine's negotiations provisionally to begin during 2005-2010.

March 24 – June 10, 1999. NATO bombs Serbia. Russia terms the NATO bombing “a flagrant violation of the United Nations Charter.”

March 2000. Ukrainian President Kuchma [declares](#) that “there is no question of Ukraine joining NATO today since this issue is extremely complex and has many angles to it.”

June 13, 2002. The US unilaterally withdraws from the Anti-Ballistic Weapons Treaty, an action which the Vice-Chair of the Russian Duma Defense Committee [characterizes](#) as an “extremely negative event of historical scale.”

November-December 2004. The “Orange Revolution” occurs in Ukraine, events that the West characterizes as a democratic revolution and the Russian government characterizes as a [Western-manufactured](#) grab for power with overt and covert US support.

February 10, 2007. Putin [strongly criticizes](#) the U.S. attempt to create a unipolar world, backed by NATO enlargement, in a speech to the Munich Security Conference, declaring: “I think it is obvious that NATO expansion ... represents a serious provocation that reduces the level of mutual trust. And we have the right to ask: against whom is this expansion intended? And what happened to the assurances our western partners made after the dissolution of the Warsaw Pact?”

February 1, 2008. US Ambassador to Russia William Burns sends [a confidential cable](#) to U.S. National Security Advisor Condoleezza Rice, entitled “Nyet means Nyet: Russia's NATO Enlargement Redlines,” emphasizing that “Ukraine and Georgia's NATO aspirations not only touch a raw nerve in Russia, they engender serious concerns about the consequences for stability in the region.”

February 18, 2008. The US [recognizes Kosovo independence](#) over heated Russian objections. The Russian Government [declares](#) that Kosovo independence violates “the sovereignty of the Republic of Serbia, the Charter of the United Nations, UNSCR 1244, the principles of the Helsinki Final Act, Kosovo's Constitutional Framework and the high-level Contact Group accords.”

April 3, 2008. NATO [declares](#) that Ukraine and Georgia “will become members of NATO.” Russia [declares](#) that “Georgia's and Ukraine's membership in the alliance is a huge strategic mistake which would have most serious consequences for pan-European security.”

August 20, 2008. The US [announces](#) that it will deploy ballistic missile defense (BMD) systems in Poland, to be followed later by Romania. Russia expresses [strenuous opposition](#) to the BMD systems.

January 28, 2014. Assistant Secretary of State Victoria Nuland and US Ambassador Geoffrey Pyatt plot regime change in Ukraine in a call that is intercepted and [posted on YouTube](#) on February 7, in which Nuland notes that “[Vice President] Biden's willing” to help close the deal.

February 21, 2014. Governments of Ukraine, Poland, France, and Germany reach an [Agreement on settlement of political crisis in Ukraine](#), calling for new elections later in the year. The far-right Right Sector and other armed groups instead demand Yanukovich's immediate resignation, and take over government buildings. Yanukovich flees. The Parliament immediately strips the President of his powers without an impeachment process.

February 22, 2014. The US immediately [endorses the regime change](#).

March 16, 2014. Russia holds a referendum in Crimea that according to the Russian Government results in a large majority vote for Russian rule. On March 21, the Russian Duma votes to admit Crimea to the Russian Federation. The Russian Government [draws the analogy to the Kosovo referendum](#). The US rejects the Crimea referendum as illegitimate.

March 18, 2014. President Putin characterizes the regime change as a coup, [stating](#): “those who stood behind the latest events in Ukraine had a different agenda: they were preparing yet another government takeover; they wanted to seize power and would stop short of nothing. They resorted to terror, murder and riots.”

March 25, 2014. President Barack Obama [mocks Russia](#) “as a regional power that is threatening some of its immediate neighbors — not out of strength but out of weakness,”

February 12, 2015. Signing of Minsk II agreement. The agreement is unanimously backed by the [UN Security Council Resolution 2202](#) on February 17, 2015. Former Chancellor Angela Merkel later [acknowledges](#) that the Minsk II agreement was designed to give time for Ukraine to strengthen its military. It was not implemented by Ukraine, and President Volodymyr Zelensky [acknowledged](#) that he had no intention to implement the agreement.

February 1, 2019. The U.S. unilaterally withdraws from the Intermediate Nuclear Force (INF) Treaty. Russia harshly criticizes the INF withdrawal as a “destructive” act that stoked security risks.

June 14, 2021. At the 2021 NATO Summit in Brussels, NATO [reconfirms](#) NATO’s intention to enlarge and include Ukraine: “We reiterate the decision made at the 2008 Bucharest Summit that Ukraine will become a member of the Alliance.”

September 1, 2021. The US reiterates support for Ukraine’s NATO aspirations in the “[Joint Statement on the U.S.-Ukraine Strategic Partnership](#).”

December 17, 2021. Putin puts forward a draft “[Treaty between the United States of America and the Russian Federation on Security Guarantees](#),” based on non-enlargement of NATO and limitations on the deployment of intermediate-range and shorter-range missiles.

January 26, 2022. The U.S. formally replies to Russia that the US and NATO will not negotiate with Russia over issues of NATO enlargement, slamming the door on a negotiated path to avoid an expansion of the war in Ukraine. The U.S. invokes [NATO policy](#) that “Any decision to invite a country to join the Alliance is taken by the North Atlantic Council on the basis of consensus among all Allies. No third country has a say in such deliberations.” In short, the US asserts that NATO enlargement to Ukraine is none of Russia’s business.

February 21, 2022. At a [meeting of the Russian Security Council](#), Foreign Minister Sergei Lavrov details the U.S. refusal to negotiate:

“We received their response in late January. The assessment of this response shows that our Western colleagues are not prepared to take up our major proposals, primarily those on NATO’s eastward non-expansion. This demand was rejected with reference to the bloc’s so-called open-door policy and the freedom of each state to choose its own way of ensuring security. Neither the United States, nor the North Atlantic Alliance proposed an alternative to this key provision.”

The United States is doing everything it can to avoid the principle of indivisibility of security that we consider of fundamental importance and to which we have made many references. Deriving from it the only element that suits them – the freedom to choose alliances – they completely ignore everything else, including the key condition that reads that nobody – either in choosing alliances or regardless of them – is allowed to enhance their security at the expense of the security of others.”

February 24, 2022. In [an address to the nation](#), President Putin declares: “It is a fact that over the past 30 years we have been patiently trying to come to an agreement with the leading NATO countries regarding the principles of equal and indivisible security in Europe. In response to our proposals, we invariably faced either cynical deception and lies or attempts at pressure and blackmail, while the North Atlantic alliance continued to expand despite our protests and concerns. Its military machine is moving and, as I said, is approaching our very border.”

March 16, 2022. Russia and Ukraine announce significant progress towards a peace agreement mediated by Turkey and Israeli Prime Minister Naftali Bennett. As [reported in the press](#), the basis of the agreement includes: “a ceasefire and Russian withdrawal if Kyiv declares neutrality and accepts limits on its armed forces.”

March 28, 2022. President Zelensky [publicly declares](#) that Ukraine is ready for neutrality combined with security guarantees as part of a peace agreement with Russia. “Security guarantees and neutrality, the non-nuclear status of our state — we’re ready to do that. That’s the most important point ... they started the war because of it.”

April 7, 2022. Russian Foreign Minister Lavrov [accuses the West](#) of trying to derail the peace talks, claiming that Ukraine had gone back on previously agreed proposals. Prime Minister Naftali Bennett later states (on February 5, 2023) that the U.S. had blocked the pending Russia-Ukraine peace agreement. When asked if the Western powers blocked the agreement, Bennett answered: “Basically, yes. They blocked it, and I thought they were wrong.” At some point, [says Bennett](#), the West decided “to crush Putin rather than to negotiate.”

June 4, 2023. Ukraine launches a major counter-offensive, without achieving any major success as of mid-July 2023.

July 7, 2023. Biden [acknowledges](#) that Ukraine is “running out” of 155mm artillery shells, and that the US is “running low.”

July 11, 2023. At the NATO Summit in Vilnius, the final communique [reaffirms](#) Ukraine’s future in NATO: “We fully support Ukraine’s right to choose its own security arrangements. Ukraine’s future is in NATO ... Ukraine has become increasingly interoperable and politically integrated with the Alliance, and has made substantial progress on its reform path.”

July 13, 2023. US Secretary of Defense Lloyd Austin [reiterates](#) that Ukraine will “no doubt” join NATO when the war ends.

July 13, 2023. Putin [reiterates](#) that “As for Ukraine’s NATO membership, as we have said many times, this obviously creates a threat to Russia’s security. In fact, the threat of Ukraine’s accession to NATO is the reason, or rather one of the reasons for the special military operation. I am certain that this would not enhance Ukraine’s security in any way either. In general, it will make the world much more vulnerable and lead to more tensions in the international arena. So, I don’t see anything good in this. Our position is well known and has long been formulated.”

Read the article at [the Kennedy Beacon](#)

### **Weitere Artikel zum Thema:**

AbFaNG: Übersicht über die Abrüstungsverträge und deren Status

[https://abfang.org/wp-60db5-content/uploads/2023/02/Abruestungsvertraege-2023\\_.pdf](https://abfang.org/wp-60db5-content/uploads/2023/02/Abruestungsvertraege-2023_.pdf)

Jeffrey D. Sachs: The War in Ukraine Was Provoked—and Why That Matters to Achieve Peace (May 2023) <https://www.jeffsachs.org/newspaper-articles/wgtgma5kj69pbpndjr4wf6aayhrsxm>